



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/229 - 2.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32

Fernschreiber 039 890

Die Labour Party und die Sozialisierung	S. 1
Amerikanische Fernostsorgen	S. 3
Berlin und der Bund	S. 5
Der Kanzler und die Berliner Trauerfeier	S. 6

Die Wahrheit und Herr Zehrer

G.G. Das krampfhaftes Bemühen eines großen Teiles der Presse in der Bundesrepublik, nach dem Wahlergebnis des 6. September gewissermaßen die ganze westliche Welt mit der Adenauer-Politik gleichzuschalten, hat bei der Berichterstattung über die angebliche (aber in Wirklichkeit nie ausgesprochene) Bereitschaft Englands, der EVG beizutreten, über die angebliche (aber in Wirklichkeit nicht beschlossene und auch von Guy Mollet für seine Person mit schwierigen Bedingungen verknüpfte) Bereitschaft der französischen Sozialisten, dem EVG-Vertrag zuzustimmen, und über das angebliche Votum des Straßburger Europarates für einen Vorrang der EVG vor der Viermächte-Konferenz sonderbare Blüten getrieben.

Der neue Chefredakteur der "Welt" hat diese Leistungen offenbar noch überbieten wollen, als er am Freitag verkündete, der Parteitag der britischen Labour Party in Margate habe ebenso wie zuvor der Kongreß des britischen Gewerkschaftsrates die Sozialisierung abgelehnt. "Sozialisieren? Nein!" sagte der britische Gewerkschaftskongreß vor drei Wochen und lehnte alle Anträge in dieser Richtung ab ... Sozialisieren? Nein! sagten 4 1/2 gegen 1,8 Millionen Mitglieder der britischen Arbeiterpartei auf dem Jahreskongreß in Margate, der am Mittwoch schloß". Es fehlt eigentlich nur noch die Behauptung, daß die beiden Kongresse der britischen Arbeiterbewegung Huldigungsadressen an Adenauer und Erhard gesandt haben.

Daß Herrn Zehrer's Behauptungen den Tatsachen nicht entsprechen, scheint ihn nicht zu stören; aber das spricht nicht gegen die Tatsachen, sondern gegen ihn. Tatsache ist, daß sich weder der Kongreß der britischen Gewerkschaften noch der Kongreß der Labour Party gegen die Sozialisierung ausgesprochen haben. Tatsache ist, daß überhaupt kein Antrag gegen die Sozialisierung vorlag. Tatsache ist, daß innerhalb der britischen Gewerkschaften

und der Labour Party Einmütigkeit darüber besteht, die von der Labour-Regierung seit 1945 durchgeführten Sozialisierungen der Schlüsselindustrien, der Eisenbahnen und des Inlandtransports aufrechtzuerhalten und, soweit sie von der konservativen Regierung in den letzten Jahren rückgängig gemacht wurden, wiederherzustellen. Das Manifest "Challenge to Britain", das der Vorstand der Labour Party dem Jahreskongreß vorgelegt hatte, läßt keinen Zweifel darüber, daß eine kommende Labour-Regierung die von den Konservativen reprivatisierte (wenn auch unter öffentlicher Kontrolle belassene) Stahlindustrie und den gleichfalls von ihnen reprivatisierten Straßentransport wieder in Gemeineigentum überführen wird und daß Kohlenbergbau, Eisenbahnen und Elektrizitätsversorgung, die nicht einmal die Konservativen zu reprivatisieren wagten, weiter in Gemeineigentum bleiben werden. Und von dem Bericht, den der Generalrat der britischen Gewerkschaften dem Kongreß des Gewerkschaftsrates vorgelegt hatte, stellte der Sprecher des Generalrats der Gewerkschaften auf dem Kongreß eindeutig fest: "Unser Bericht sagt klar, daß unsere Gewerkschaftsbewegung vorwärtsgeht auf der Bahn des Sozialismus mittels weiterer Sozialisierung".

Die Frage, die sowohl auf dem Gewerkschaftskongreß wie auf dem Kongreß der Labour Party zur Diskussion stand, war also nicht die Frage, ob man für oder gegen Sozialisierung sei. Es ging nur um die Frage ob sich die Gewerkschaften und die Labour Party im voraus auf die Sozialisierung weiterer, von der Labour-Regierung nach 1945 noch nicht sozialisierter Industrien festlegen und diese Industrien im einzelnen schon jetzt bestimmen sollen. Anträge, die auf eine solche vorherige Festlegung zielten und bestimmte Industrien (wie Flugzeugbau, chemische Industrie und auch Teile der Landwirtschaft) auf die Liste der zu sozialisierenden Produktionszweige gesetzt haben wollten, wurden abgelehnt. Diese Anträge kamen von Anhängern Aneurin Bevans, aber nicht von Bovan selbst und seinen engsten Freunden, die schon seit einem Jahr im Vorstand der Labour Party sitzen und die gemeinsame Vorstands-erklärung für den diesjährigen Parteikongreß mitbeschlossen hatten. Ausschlaggebend für die Ablehnung dieser Anträge war die Stellungnahme der großen Gewerkschaften, die erklärten, es sei kein Zweifel, daß bei der chemischen Industrie zweifellos das Bedürfnis öffentlicher Kontrolle wegen ihres monopolistischen Charakters und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung vorliege, daß aber die nächste Labour-Regierung sich erst vollen Einblick in den Geschäftsbereich verschaffen müsse, bevor sie über Art und Umfang der Kontrolle beschließen könne.

Tatsächlich also kann keine Rede davon sein, daß die britischen Gewerkschaften oder die Labour Party Nein zur Sozialisierung gesagt haben, wie Herr Zehrer seinen Lesern zu erzählen beliebt. Sie haben eindeutig Ja gesagt. Eine Minderheit wollte ein detailliertes Programm neuer Sozialisierungen im voraus aufstellen. Die Mehrheit entschied sich für die Konsolidierung der bisherigen Sozialisierungen, deren Erfolg außer von der Bürgerblockpresse der Bundesrepublik von niemandem bestritten wird, für die Wiederherstellung des Gemeineigentums an den von den Konservativen reprivatisierten Industrien und für die Sozialisierung oder öffentliche Kontrolle weiterer monopolistischer und für die Gesamtwirtschaft wichtiger Industrien nach eingehender Prüfung ihrer besonderen Voraussetzungen.

Deshalb gab es weder Huldigungstelegramme an Adenauer und Erhard, und deshalb wird es auch keine journalistischen Lorbeeren für Herrn Zehrer und seinesgleichen geben, - es sei denn, daß sie im Lenz eines Bonner Informationsministeriums wachsen sollten.

Neue Komplikationen in Ostasien

H.S. - New York, Anfang Oktober

Auf der achten, regulären ordentlichen Jahres-Generalversammlung der "Vereinten Nationen", die am 15. September in New York eröffnet wurde, wird offiziell nicht über Korea gesprochen werden. Abgesehen von gewissen bescheidenen Krediten, die für die UNO-Wiederaufbau-Behörde für Korea angefordert werden, ist Korea zum ersten Male seit vielen Jahren kein Verhandlungsthema mehr für die Weltorganisation. Im August hatte eine Sondersession formuliert, welche Staaten auf Seiten der Vereinten Nationen an der bevorstehenden politischen Korea-Konferenz teilnehmen sollen (wobei, wie erinnerlich, die Teilnahme Indiens, des großen asiatischen Neutralen, unter dramatischen und wenig erfreulichen Umständen abgelehnt wurde), - und damit war theoretisch für die Organisation das Thema abgeschlossen. Zwar versuchte der russische Sprecher Wyschinski die gesamte Frage der politischen Korea-Konferenz erneut aufzurollen, aber bisher ohne Erfolg.

Dennoch steht natürlich indirekt Korea weiterhin im Mittelpunkt aller internationalen Erörterungen, und im Plenarsaal der "Vereinten Nationen" in New York fällt der Schatten des koreanischen Konfliktes schwer über die Versammlung. Die bevorstehende politische Konferenz macht allerlei Sorgen; vielfach wird, angesichts des Rätselratens um die Zahl der Teilnahmerechtigten, die Befürchtung geäußert, daß sie überhaupt niemals zusammentreten wird, - und wer, optimistisch und zuversichtlich, glaubt, daß das doch eines Tages der Fall sein wird, kann sich nicht verhehlen, daß dann ihre Erfolgsaussichten mehr als gering sind. Andererseits sind die meisten Kenner der Verhältnisse ziemlich sicher, daß Syngman Rhee seine Drohung, spätestens sechs Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, also Ende Januar, seine Handlungsfreiheit wieder aufzunehmen und dann auf eigene Faust Nord-Korea anzugreifen, nicht wahrmachen wird: Er würde dann militärisch alleine stehen und in Bezug auf Munition, Brennstoff, und sonstige Armeeausrüstungen ohne amerikanischen Nachschub schnell verloren sein. Was also bevorzustehen scheint, ist eine Verewigung des "Status quo".

Auf unübersehbare Zeit geteilt ?

Die Zweiteilung Koreas aufrechtzuerhalten ist aber ebenso wider-natürlich und politisch katastrophal, wie die Aufrechterhaltung der Zweiteilung Deutschlands; und dennoch liegt es heute auf der Hand, daß die Wiedervereinigung Koreas mit Mitteln der Diplomatie und des friedlichen Verhandeln auf absehbare Zeit nicht möglich ist, - und daß sie auch militärisch nicht möglich ist, haben die vergangenen drei Jahre bewiesen. Es wird also faktisch bei einem kommunistischen Nord-Korea und einem halb-demokratischen, oder wenigstens halbwegs westlich orientierten Süd-Korea, nebeneinander bleiben müssen, - wenigstens solange, bis der Haß und die Bitterkeit, die sich zwischen den beiden Teilen des koreanischen Volkes im Laufe dieses Bürgerkrieges angesammelt haben, allmählich verschwunden und vergessen sind.

Und ebenso wird man auch in China mit einer Verlängerung des "Status quo" rechnen müssen. Präsident Eisenhower hat zwar die Siebente amerikanische Flotte, die Truman seinerzeit zwischen Formosa und

das chinesische Festland gelegt hatte, zurückgezogen und damit gleichsam Tschiang-Kai-scheks Truppen in Formosa erlaubt, das chinesische Festland wieder von den Kommunisten zurückzuerobern - aber Tschiang-Kai-schek scheint im Augenblick wenig begeistert zu sein, von dieser Erlaubnis Gebrauch zu machen. Von Formosa und der Zukunft der Insel wird im Moment so wenig wie möglich gesprochen; andererseits aber wird es offenbar den Amerikanern nicht auf alle Zeiten möglich sein, die kommunistische Regierung des chinesischen Festlandes von der Mitgliedschaft in den "Vereinten Nationen" fernzuhalten und ihr damit die internationale Anerkennung zu verweigern.

Überhaupt macht die künftige Entwicklung in Indochina, wo die Lage nach Kräften verfahren ist, den amerikanischen Beobachtern große Sorge. Wenn Mao-Tse-tung offen interveniert, muß er, das wissen wir jetzt, mit amerikanischer Intervention zugunsten der Franzosen rechnen. Aber wenn die Franzosen - wovon man spricht - von sich aus den erübdenden Kampf aufgeben? Im Augenblick unterstützt Washington eine relativ vernünftig-gemäßigte Mittellinie: Unabhängigkeit für die drei indochinesischen Staaten von Frankreich, sofern auch die Unabhängigkeit vom Kommunismus (von innen wie von außen) sichergestellt ist. Das war ungefähr die Linie, die Staatssekretär Dulles auf seiner großen Ansprache zu Beginn der Generaldebatte in der Plenarversammlung in Bezug auf Indochina entwickelt hat.

Milderung der amerikanischen Tonart

Diese Ansprache Staatssekretär Dulles' war überaus vorsichtig und zurückhaltend. Dulles war in den letzten Monaten des öfteren, von europäischen Verbündeten und Freunden wie auch, von innen, vom Sprecher der demokratischen Oppositionspartei, Adlai Stevenson, gewarnt worden, seine starre Politik elastischer und geschmeidiger den ständig wechselnden Verhältnissen anzupassen - andernfalls Amerika jegliches Vertrauen in den nichtkommunistischen Völkern der Erde einbüßen müßte. Dulles' Ansprache vor der UNO, die vielfache Angebote zur Verständigung mit den Kommunisten enthielt und sogar bei Churchills "Locarno"-Idee Anleihen aufnahm, trug offensichtlich dieser Kritik Rechnung. Es läßt sich nicht übersehen, ob diese Milderung der amerikanischen Tonart auch zu einer Reduktion der Spannungen im Fernen Osten führen wird; aber auf jeden Fall überraschte diese Rede den Sowjetdelegierten Wyschinski so sehr, daß er, um Zeit zu gewinnen und neue Instruktionen aus Moskau abzuwarten, sich mit einer farb- und belanglosen Antwort-erklärung begnügte, die nichts von dem Schwung und aggressiven Kampfgeist aufwies, der Wyschinskis Auftreten vor der UNO sonst kennzeichnet. Zaudernde Unsicherheit Moskaus auf dem außenpolitischen Parkett mag dem Westen eine dringend benötigte Atempause gewähren; wenn Dulles seinen versöhnlichen Worten entsprechende Taten folgen läßt, sollte es vielleicht möglich sein, die gefährdete Einigkeit in der westlichen Staatengruppe wieder zu kräftigen und den nach wie vor existierenden Gefahrenzentren im Fernen Osten mit einer gelassenen, aber klaren und festen politischen Linie entgegenzutreten.

+ + +

Berliner Arbeitsbeschaffung

Von Willy Brandt, MdB

Die westberliner Arbeitslosenziffer ist von etwa 300000 auf 215000 zurückgegangen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Man darf allerdings nicht aus dem Auge verlieren, daß der prozentuale Anteil der Arbeitslosen in Berlin immer noch drei- bis viermal höher liegt als im westlichen Bundesgebiet.

Wer von Berlin als dem "Vorposten der Freiheit" spricht, muß auch dafür sorgen, daß dieser Vorposten krisenfest gemacht wird. Ernst Reuter hat vor seinem Tod erneut darauf hingewiesen, daß die Berliner Wirtschaft mehr Aufträge aus dem deutschen Westen und aus dem Ausland braucht. Erst wenn die Arbeitslosigkeit wesentlich reduziert ist, wird ein Teil der bisherigen Bundeszuschüsse eingespart werden können.

Maßgebende Kreise der westdeutschen Wirtschaft haben eine eigenartige Haltung an den Tag gelegt. Sie haben ihre Aufträge für Berlin zurückgehalten, sobald es etwas "brenzlich" roch. So war es im Frühsommer vorigen Jahres, als die Sowjets die Zonengrenze abriegelten, und so war es auch in diesem Jahr nach dem 17. Juni. Die Bundesregierung ist mit Stillschweigen oder mit beschwichtigenden Erklärungen über das nationalpolitische Versagen dieser Kreise hinweggegangen.

Seit dem Herbst vorigen Jahres fungiert ein CDU-Abgeordneter als "Bundesbeauftragter für die Förderung der Berliner Wirtschaft". Es bedurfte erst einer Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, um eine Unterrichtung des Bundestages über diese Stelle zu erwirken. Ihre Tätigkeit hat auf dem Gebiet der Werbung gelegen und ist sicherlich nicht völlig nutzlos gewesen. Man ist jedoch einer systematischen Auftragslenkung ausgewichen, die die Aufgabe haben müßte, "öffentliche und private Aufträge in verstärktem Umfange nach Berlin zu leiten damit die Kapazität der Stadt voll ausgenutzt werden kann".

Inzwischen hat der Berliner Senat dem Bundesarbeitsminister ein Arbeitsbeschaffungsprogramm überreicht, das für die kommenden achtzehn Monate einen Aufwand von 240 Millionen M erfordern würde. Durch

eine Förderung des Baumarktes hofft man, die Arbeitslosigkeit zunächst einmal unter die Grenze von 200000 herabdrücken zu können. Präsident Eisenhower hat den Regierenden Bürgermeister wissen lassen, daß auch die amerikanische Regierung bereit ist, zusammen mit dem Bund Untersuchungen anzustellen, welche weiteren Schritte für eine wesentliche Erhöhung der Beschäftigtenziffer in Berlin unternommen werden könnten. Es ist allerdings verwunderlich, daß der Brief des amerikanischen Präsidenten an den sozialdemokratischen Bürgermeister von Berlin zwar am 22. August abgefaßt, aber erst nach den Bundestagswahlen überreicht und veröffentlicht wurde.

Es ist damit zu rechnen, daß der neue Bundestag zu einem relativ frühen Zeitpunkt mit der Auftrags- und Arbeitsbeschaffung für Berlin befaßt werden wird. Im ersten Bundestag wurde der Berlin-Ausschuß seit dem Sommer 1952 nicht mehr einberufen; sozialdemokratische Anregungen blieben unberücksichtigt. Durch Beschluß vom 10. Juni 1952 war der Ausschuß beauftragt worden, die für Berlin erforderlichen Maßnahmen ständig zu überprüfen. Dem Ausschuß wurde dann aber offiziell nicht einmal zur Kenntnis gebracht, daß sein Vorsitzender zum "Bundesbeauftragten" berufen worden sei.

Unter solchen Umständen büßte der Berlin-Ausschuß im ersten Bundestag seine Existenzberechtigung ein. Es bleibt abzuwarten, unter welchen Voraussetzungen die Mehrheit im zweiten Bundestag an die Lösung der Berlinfragen heranzutreten geneigt ist.

+ + +

Einer fehlt

(sp) Es führen viele Wege nach Berlin, wo am Sonnabend die Trauerfeier für den verstorbenen Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter stattfindet, an der Menschen aus der ganzen Welt teilnehmen; aus der freien Welt ebenso wie aus der Zone der Unfreiheit, in der gewissermaßen die Wege viel, viel länger sind als bei uns. Viele Menschen, die in Ernst Reuter den ersten Repräsentanten des Kampfes um die Freiheit sahen, wollen der Stunde des Abschieds beiwohnen und dem Verstorbenen ihren persönlichen Gruß nachschicken, auch dann, wenn der Weg dorthin weit und beschwerlich ist.

Die Nachrufe sonder Zahl, Beileidstelegramme und Pressestimmen aus allen Ländern und aus allen Lagern geben Zeugnis von der Bedeutung des Verstorbenen wie von der Hochachtung und der Verehrung, der er überall - und nicht erst bei seinem Tode - begegnete, nicht zuletzt auch dort, wo der Freiheitskampf des Regierenden Bürgermeisters von Berlin seine eigene und besondere Perspektive hat: in den USA. Der Präsident der CIO, Reuther wird den weiten Weg von dort nicht scheuen, um von Ernst Reuter Abschied zu nehmen.

Von der Bühler Höhe aber führt kein Weg nach Berlin. Der deutsche Bundeskanzler wird in der Trauerversammlung fehlen, wie er beim Tode Kurt Schumachers gefehlt hat. Wir wissen nicht, ob es dem Bundeskanzler unmöglich erscheint, seinen am Sonnabend nachmittag zu Ende gehenden Urlaub schon am Freitag abend oder auch Sonnabend früh abzuberechen; auch beim Tode Kurt Schumachers befand er sich gerade in Urlaub, damals auf dem Bürgenstock in der Schweiz. Vielleicht auch gelingt es ihm einfach nicht, jenen Abgrund zu überwinden, der ihn von allem trennt, was Sozialismus heisst; hier reicht seine Abneigung über Etikette, über Vernunft, über das christliche Ehtos und über den Tod hinaus.

Einem fehlt, das stellte man ringsum fest, als sich der Bundeskanzler bei der Trauerfeier für Kurt Schumacher durch den Vizkanzler vertreten liess. Dieser eine fehlt auch jetzt wieder...

+ + +

Ehrung für Ernst Schumacher

(sp) Zu Ehren von Ernst Schumacher, den Rücksichten auf seine angegriffene Gesundheit zwangen, seine Funktion als Leiter des Neuen Vorwärts-Verlages vorderhand aufzugeben, fand im Parteihaus in Bonn am Freitag eine Feierstunde im Beisein der Gesellschafter und der gesamten Betriebsbelegschaft statt. Alfred Nau würdigte namens der Gesellschafter und des Vorstandes der SED die Persönlichkeit Ernst Schumachers, seine mannigfachen Verdienste um die Sozialdemokratische Partei und die Arbeiterbewegung sowie seinen hervorragenden Anteil am Wiederaufbau des zentralen Parteiverlages, dessen Leitung er vor nahezu fünf Jahren übernahm. Ernst Schumacher, der in diesen Tagen sein 57. Lebensjahr vollendet, blickt auf eine mehr als 30jährige höchst intensive und vielfältige Arbeit zurück. - Die Leitung des Neuen Vorwärts-Verlages wurde einstweilen von Alfred Nau übernommen.